

Deutschland nach 1945

Geschichte

ABITU

MEHR
ERFAHREN

ST HE REST



STARK

Inhalt

Vorwort

Deutschland nach der Kapitulation	1
Das besiegte Deutschland	1
Deutschlandpolitik der Siegermächte	7
Chronologie	14
Der Weg in die deutsche Spaltung	15
Entzweiung der Siegermächte	15
Der Neubeginn des politischen Lebens	21
Die Gründung der beiden deutschen Staaten	26
Chronologie	33
Die Welt im Kalten Krieg	35
Kalter Krieg und Entstehung der beiden deutschen Staaten	35
Internationale Politik im Kalten Krieg	37
Chronologie	43
Die Bundesrepublik zur Zeit Adenauers	45
Die Ära Adenauer	45
Deutschlandpolitik	48
Westbindung der Bundesrepublik	54
Wirtschaftliche Entwicklung	58
Gesellschaftliche Entwicklung	62
Chronologie	66
Die DDR von ihrer Gründung bis zum Mauerbau	67
Die innere Festigung der DDR	67
Der Volksaufstand am 17. Juni 1953	72
Ostintegration der DDR	73
Wirtschaftliche Entwicklung in den 1950er-Jahren	74
Der Mauerbau	77
Gesellschaftliche Entwicklung	78
Chronologie	79
Von der weltpolitischen Kooperation bis zum Ende des Ost-West-Konflikts	81
Krisenherde in der Phase der Entspannungspolitik	81
Ost-West-Kooperation in den 1970er- und 1980er-Jahren	85

Krise der Ost-West-Kooperation	87
Der Wandel in der Sowjetunion und seine Folgen	89
Chronologie	94
Von der Stagnation zur Normalisierung der Beziehungen	95
Von der Regierung Erhard zur sozialliberalen Koalition	95
„Wandel durch Annäherung“ – Die deutschlandpolitischen Verträge	101
Gesellschaftliche Entwicklung	108
Die Entwicklung in der DDR	112
Chronologie	117
Entspannung und Sicherheit in den 1970er- und 1980er-Jahren	119
Von der Regierung Schmidt zur Ära Kohl	119
Deutschlandpolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren	123
Wirtschaftliche Entwicklung	125
Innenpolitische Entwicklung	127
Die Entwicklung in der DDR	129
Chronologie	134
Der Zerfall des Ostblocks und die deutsche Einheit	135
Die Entwicklung in der DDR	135
Die Bundesrepublik und die Wiedervereinigung	140
Die Herstellung der Einheit	145
Chronologie	148
Die europäische Integration	149
Der Weg zur Europäischen Gemeinschaft	149
Die Bildung der Europäischen Union	153
Chronologie	160
Literatur	161
Stichwortverzeichnis	163
Bildnachweis	168
Autor: Ulrich Winkler	

Vorwort

Liebe Schülerinnen, liebe Schüler,

zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat Deutschland, jahrzehntelang Krisenherd der Weltpolitik, in **Frieden und Freiheit** wieder seinen Platz in der **Mitte Europas** eingenommen. Parlamentarische Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, Europäische Integration und Westbindung haben die Bundesrepublik zu einem anerkannten und stabilen **Partner** in der **demokratischen Weltgemeinschaft** gemacht.

Aber die Ereignisse und Entwicklungen von 40 Jahren Teilung Deutschlands und Europas wirken nach, sie bestimmen auch heute noch den **Handlungsrahmen deutscher** und **europäischer Politik**. Ob in der Debatte um die Übernahme größerer Verantwortung in NATO und UNO oder die Beteiligung der Bundeswehr an Militäraktionen im „Grauen Krieg“ gegen den internationalen Terrorismus – die während der 1950er-Jahre erfolgten Weichenstellungen sind unumkehrbar und Garanten größtmöglicher Sicherheit. Auch die inneren Probleme, wie z. B. Arbeitslosigkeit und Finanzkrise, sind Langzeitwirkungen der Teilung Deutschlands, des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR und der Wiedervereinigung. Erst in Kenntnis dieser Zusammenhänge können **Lösungsansätze** zur **Bewältigung der Zukunftsaufgaben** erfasst, verstanden und beurteilt werden.

Im vorliegenden Band werden die **Grundlinien der deutschen Geschichte nach 1945** nachgezeichnet und über eigene Kapitel in den Rahmen der **weltpolitischen** und **europäischen Entwicklung** eingebunden. Auf der Grundlage der gegenwärtigen fachwissenschaftlichen und politischen Diskussion werden grundlegende Entscheidungen und Wendepunkte der Politik reflektiert und Ausblicke auf die weitere Entwicklung gegeben. Die Gliederung in die drei Bereiche **deutsche Entwicklung, internationaler Rahmen** und **europäische Integration** erleichtert das Verständnis der Zusammenhänge und ermöglicht die schnelle Herstellung von Bezügen und Zuordnungen. Chronologien ergänzen die Kapitel, erleichtern zeitliche Einordnungen und geben zusammenfassend einen Überblick über wichtige Ereignisse. Damit wird dieses Buch Ihnen eine zuverlässige Hilfe bei der Vorbereitung auf Abitur, Klausuren und Referate sein.



Ulrich Winkler

Gesellschaftliche Entwicklung

In der Phase des Wiederaufbaus war das Bedürfnis der deutschen Bevölkerung nach materieller Sicherheit und Wohlstand mit einer Übernahme traditioneller Werte einhergegangen. Für Jugendliche allerdings wurde die **amerikanische Lebensart** durch die Besatzungssoldaten, Kino- und zunehmend auch Fernsehfilme populär gemacht und zur Leitlinie ihrer Lebensführung. Sprache und Esskultur, Filmstars und Rockmusiker wurden bewundert und nachgeahmt. Allmählich öffnete sich eine Kluft zu den Wertevorstellungen der Erwachsenen, die auch nach außen sichtbar wurde, z. B. als sich die von englischen Bands wie den „Beatles“ und „Rolling Stones“ kreierte Haarmode durchsetzte. Aber nicht nur äußerlich, sondern auch in grundsätzlichen Lebensfragen begannen junge Menschen sich von der Orientierung an materiellen Werten **abzugrenzen**. Autoritäten wie Eltern, Schule, Kirche und Staat, das „Establishment“, wurden zunehmend kritisch betrachtet und als „spießig“ verachtet.

Studentenunruhen

Ein weitgehend undurchlässiges dreigliedriges Schulsystem benachteiligte sozial Schwächere, die unzureichende Ausstattung der Schulen und die mangelnde Demokratisierung der Hochschulen rückten als „deutsche Bildungskatastrophe“ seit Mitte der 60er-Jahre ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Erst Anfang der 70er-Jahre wurde mit der Reform des Bildungswesens der Forderung nach „Chancengleichheit“ durch die Einführung von Gesamtschulen, der Festlegung von Primar- und Sekundarstufen im Schulwesen, Ausbau der Hochschulen, Studien- und Hochschulreform entsprochen.

Der Protest gegen die Vernachlässigung des Bildungswesens fiel mit dem Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung zusammen und wurde von Studenten angeführt, die sich gegen die **Verkrustung an den Universitäten** wandten und in der Übernahme wissenschaftlicher Argumentationsformen mit neuen Formen des Protestes (Sit-in) einen zeitgemäßen und von der älteren Generation abgelehnten Ausdruck des Aufbegehrens fanden. Vorbild im Kampf um mehr Demokratie war unter anderem der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King. Die auf seine Ermordung folgenden Rassenunruhen in amerikanischen Großstädten und der **Vietnamkrieg** führten zu einem veränderten Bild der USA in der Bundesrepublik.

Ein erster Höhepunkt der sich verschärfenden Auseinandersetzung zwischen Staat und Studenten war die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch einen Polizisten am 2. 6. 1967 anlässlich einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs. Für die Studenten verkörperte der Schah den



Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke: Die Polizei setzte Wasserwerfer gegen demonstrierende Studenten ein. Das Attentat löste die größten Straßenunruhen der Nachkriegszeit aus. Vor allem junge Menschen demonstrierten 1968 gegen den Vietnamkrieg und nahmen Partei für den nordvietnamesischen Staatschef Ho Chi Minh.

Prototypen eines verknöcherten, die eigene Bevölkerung unterdrückenden Machthabers. Besonders nach einem Attentat auf den Studentenführer **Rudi Dutschke** vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) in der Endphase der **Debatte um die Notstandsgesetze** 1968 eskalierten die Auseinandersetzungen: Es kam zur Besetzung von Hörsälen und zu Sitzblockaden, **Straßenschlachten** gegen die Polizei sowie Brandanschlägen gegen den Springer-Verlag als Verkörperung einer „reaktionären Presse“ und gegen Kaufhäuser als „Konsumtempel“. Die Polizei antwortete mit dem Einsatz von Knüppeln, Wasserwerfern und rigorosem Zugriff gegen die „Störer des Landfriedens“. In der Entschlossenheit des Staates waren sich alle Parteien einig, und das Vorgehen der Polizei wurde in weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt, die mit der marxistisch befrachteten Gedankenwelt der **Studentenrevolte** wenig anfangen wusste und in dem nordvietnamesischen Staatschef Ho Chi Minh keineswegs nur den Führer eines von den USA bombardierten Volkes, sondern auch einen kommunistischen Machthaber sah.

Die „68er“ und die „APO“

Der Mangel an gemeinsamer Programmorientierung und das Fehlen kurzfristiger Erfolge der **Außenparlamentarischen Opposition** (APO), wie die Protestbewegung genannt wurde, veranlasste den Großteil der später sogenannten 68er, den „Weg durch die Institutionen“, also innerhalb der Parteien und parlamentarischen Gremien, bis in politische Spitzenämter anzutreten. Entscheidenden Einfluss auf die „68er“-Generation hatte das kritische Gedankengut der **Frankfurter Schule** (Marcuse, Horkheimer, Adorno). Ihre Analyse der kapitalistischen Überflussgesellschaft prägte die gedankliche Auseinandersetzung um ideologische und pragmatische Positionen in der Bundesrepublik. Die Kritik stellte die traditionellen Autoritäten des „Establishments“, die Bedürfnisbefriedigung des „Wohlstandsbürgertums“ infrage, forderte Aufklärung über die NS-Vergangenheit, bemängelte die Ausschließung und Manipulation des Einzelnen im politischen Entscheidungsprozess durch das „System“ und sah im Marxismus das „anti-bürgerliche“ Gegenmodell. In Verbindung mit Elementen der Psychoanalyse wurde außerdem ein Weg der Selbstbestimmung der eigenen Daseinsgestaltung ohne Tabus und Fragen nach dem jeweiligen Nutzen propagiert. Die Suche nach neuen Lebensformen beinhaltete das Zusammenleben in Wohngemeinschaften (Kommunen), sexuelle Freizügigkeit (begünstigt durch die Anti-Baby-Pille) und die antiautoritäre Erziehung. Mit dem sogenannten Extremistenbeschluss von 1972, mit dem Bewerber für den öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue geprüft werden konnten, reagierte der Staat schnell und hart, Kritiker sahen darin ein Berufsverbot bzw. ein repressives Pendant zur sozialliberalen Ostpolitik.

Terrorismus

Ein kleiner gewaltbereiter Teil der APO organisierte sich neu und konfrontierte die Bundesrepublik Ende der 60er-Jahre mit politisch motiviertem Terrorismus. Unter dem Einfluss der Journalistin Ulrike **Meinhoff** und den Brandstiftern gegen ein Frankfurter Kaufhaus, Andreas **Baader** und Gudrun **Ensslin**, bildeten sie sogenannte Zellen, die „den bewaffneten Kampf“ weiterführen wollten, und schlossen sich zur **Rote-Armee-Faktion (RAF)** zusammen. Seit 1970 durch die militante Palästinenserorganisation El Fatah militärisch ausgebildet, verübten die Mitglieder der RAF Banküberfälle für die Finanzierung ihrer Aktionen sowie Bombenanschläge. Sie entführten und ermordeten Repräsentanten des von ihnen gehassten und bekämpften Systems. Zugleich griff auch der **internationale Terrorismus** auf Deutschland über, als während der Olympischen Spiele von München (1972) Palästinenser Mitglieder der israelischen Mannschaft entführten und sie während des Befreiungsversuchs deutscher Sicherheitskräfte ermordeten.

1972 war es der Polizei gelungen, die führenden RAF-Mitglieder (Baader, Ensslin, Raspe, Meins) zu verhaften, die in den sogenannten **Stammheimer Prozessen** zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. An ihre Stelle trat die „zweite Generation“ der RAF. Nach der Ermordung des Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann im November 1974 wurde im Februar 1975 die Freilassung von inhaftierten Gesinnungsgenossen gegen die Freigabe des entführten Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz erpresst. Der von Bundeskanzler Schmidt eingerichtete Krisenstab gab den Forderungen nach, weil der Rettung von Menschenleben Vorrang vor rechtsstaatlichen Grundsätzen eingeräumt wurde. Später wurde diese Linie verlassen, um eine fortwährende Erpressbarkeit des Staates zu verhindern. Höhepunkt der terroristischen Anschläge war das Jahr 1977 („blutiger Herbst“) mit der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback, des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, und der Entführung und Ermordung von Arbeitgeberpräsident Schleyer.

Im März 2007 wurde Brigitte Mohnhaupt, eine von noch vier inhaftierten hochrangigen ehemaligen RAF-Terroristen, nach 24 Jahren Haft vorzeitig entlassen. Die Aussetzung der Haftstrafe entfachte erneut die Diskussion über den Umgang mit diesem Teil der deutschen Vergangenheit.

Die RAF arbeitete auch mit dem **internationalen Terrorismus** zusammen. Nach der Befreiung einer von palästinensischen Luftpiraten entführten Lufthansamaschine durch eine bundesdeutsche Spezialeinheit in Mogadischu (Somalia) begingen Baader, Ensslin und Raspe in ihren Gefängniszellen Selbstmord (Oktober 1977). Ungeklärt blieb, wie die Waffen ins Gefängnis gelangen konnten. Einen Tag später wurde Schleyer ermordet aufgefunden.

Trotz weitgehender Zerschlagung der Strukturen der RAF operierten ihre Nachfolger weiter und ermordeten 1986 einen hohen Beamten des Auswärtigen Amtes und 1989 den Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Internationale Verbindungen sicherten der RAF Waffen, Geld und Zufluchtsorte. Auch die DDR gehörte zu den Staaten, die mit den Terroristen zusammenarbeiteten. Sie verhalf sogenannten Aussteigern zu einer neuen Existenz. Erst nach der Wiedervereinigung gelang der deutschen Polizei die Verhaftung von international gesuchten Terroristen, die in der DDR ein ruhiges, unauffälliges Leben geführt hatten.



Andreas Baader und Gudrun Ensslin vor Gericht in Frankfurt 1968.

Die Entwicklung in der DDR

Mit dem Mauerbau verschaffte sich die DDR-Führung die Chance, den Staat zu stabilisieren und ihre eingemauerte „sozialistische Menschengemeinschaft“ zugleich fester an ihn zu binden. Im **Freundschaftsvertrag von 1964** erkannte die UdSSR die bestehenden Grenzen der DDR an und schuf damit die territorialen Grundlagen für einen sozialistischen Staat, der im Verlauf der 60er-Jahre die Gemeinsamkeiten einer gesamtdeutschen Nation aufkündigte. Als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ grenzte sich die DDR von der Bundesrepublik ab und stellte nach außen ihre Eigenständigkeit unter Beweis. Wirtschaftsreformen stärkten das Selbstbewusstsein der DDR-Führung.

Im Inneren wurden über Systemkritiker harte Sanktionen wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verhängt und „versuchte Republikflucht“ mit langjährigen Haftstrafen geahndet. Während in den ersten Monaten nach dem Mauerbau noch 50 000 Menschen die Grenze überwinden konnten, wurden in den kommenden 28 Jahren gelungene Fluchtversuche zum Ausnahmefall. Ein absolutes „Westreise-Verbot“ – nur Rentner durften ab November 1964 jährlich einmal in die Bundesrepublik – und die intensive Bespitzelung der DDR-Bürger waren weitere Maßnahmen, um die Bevölkerung einzuschüchtern und zur Anpassung an den Staat zu zwingen. Die meisten Menschen lebten daher in einer „Doppelexistenz“: Sie beteiligten sich im vorgeschriebenen Mindestmaß an sogenannten „gesellschaftlichen Aktivitäten“ und entzogen sich weiteren ideologischen Tätigkeiten durch den Rückzug in den privaten Bereich, in eine Nische.

Führungsrolle der SED

Die im April 1968 angenommene neue „**sozialistische Verfassung**“ der DDR offenbarte grundlegende Unterschiede zum Staatsverständnis der parlamentarischen Demokratie. Alle Elemente, die einen gesamtdeutschen Charakter hatten, wurden getilgt und durch spezifisch sozialistische Wesensmerkmale des Staates ersetzt. Der **Führungsanspruch der SED** wurde ausdrücklich festgelegt, Grundrechte aus der Verfassung von 1949, vor allem Freiheits- und Eigentumsrechte, fielen weg. Dagegen wurden soziale Rechte neu aufgenommen: das Recht auf Arbeit, Bildung, Freizeit und Erholung sowie auf Wohnraum. Dem **Ministerrat** verblieb die Funktion eines Wirtschaftskabinetts, das nach der Verfassung höchste Machtorgan des Staates, die **Volkskammer**, war de facto eine reine Zustimmungskammer mit geringem politischen Einfluss. Nach dem Tod Wilhelm Piecks (1960) war der **Staatsrat** geschaffen worden, dessen Vorsitzender als Staatsoberhaupt fungierte. Auch er war



Frühe Wehrerziehung: Beim Nationalen Jugendfestival der DDR 1984 erklären Offiziere jungen Pionieren und Mitgliedern der FDJ den Umgang mit Waffen. Mit Massenaufmärschen feiert die DDR den sozialistischen Einheitsstaat.

im Wesentlichen Repräsentations- und Abzeichnungsorgan ohne grundlegende Entscheidungsbefugnisse. Die Verflechtungen zwischen Partei- und Staatsämtern stellten die staatliche Umsetzung der in der SED getroffenen Beschlüsse sicher. Die Zwangsbindung aller SED-Direktiven durch den „**demokratischen Zentralismus**“ sicherte zwar die Kontrolle über den Staat, nahm aber den Menschen potenzielle Spielräume für gesellschaftliche Eigeninitiative und machte zugleich dieses System ineffektiv, da es nur schwerfällig und nach „Wesung von oben“ reagieren konnte. Die täglich erfahrbare Praxis unberechenbarer Funktionärsentscheidungen, die zwischen Härte und Reformbereitschaft pendelten, prägte die Lebenserfahrung von zwei Generationen.

Wehrerziehung

Zur Absicherung der staatlichen Eigenständigkeit gehört auch die Einführung der **Wehrpflicht** 1962. Die Nationale Volksarmee (NVA) verstand sich als Gegenbild zur Bundeswehr, übernahm in vielen Bereichen revolutionär besetzte Traditionen der deutschen bzw. preußischen Geschichte und spiegelte bis zum Zusammenbruch der DDR einen Teilbereich der Militarisierung ihrer Gesellschaft, der konsequenten Erziehung „zum **Hass auf den Klassenfeind**“. Die Wehrerziehung begann bereits in der Schule und in Jugendorganisationen wie der Freien Deutschen Jugend (FDJ), und setzte sich nach dem Wehrdienst in den „Betriebskampfgruppen“ fort. Als Zugeständnis gegenüber den opponierenden Kirchen konnte seit 1964 der Wehrdienst verweigert und durch den Einsatz bei Baueinheiten der NVA („Bausoldaten“) ersetzt werden. Die Androhung der Gefängnisstrafe wurde aufgehoben, die Wehrdienstverweigerung hatte aber erhebliche Einschränkungen im beruflichen Werdegang zur Folge.

Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik

Angesichts der Versuche der Regierungen Erhards und Kiesingers, unter Umgehung der DDR die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern zu verbessern, stellte diese erfolgreich ihre Eigenständigkeit unter Beweis. Besuche Ulbrichts in Ägypten und des jugoslawischen Staatschefs Tito in Ost-Berlin werteten die DDR außenpolitisch auf. Nachdem die Bundesrepublik und Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen hatten, erkannten 1969 Syrien, Sudan, Südjemen und Ägypten als erste nichtsozialistische Staaten die DDR an, weitere Länder der Dritten Welt zogen nach.

Gleichzeitig wurden auch die Abschottungstendenzen gegenüber der Bundesrepublik verstärkt. Zwar waren mit den **Passierscheinabkommen** zwischen 1963 und 1966 für West-Berliner Verwandtenbesuche im Osten möglich geworden, aber die DDR grenzte sich durch den im Juni 1968 verfügten **Pass- und Visumzwang** für den Reise- und Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik, West-Berlin und der DDR sowie einen **Zwangsumtausch** entschieden ab. 1967 wurde mit dem „**Gesetz über die Staatsbürgerschaft**“ die bisherige gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit abgeschafft und eine DDR-eigene eingeführt.

Als beispielhaft für die veränderten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR kann der **innerdeutsche Sportverkehr** angesehen werden. War bei den Olympischen Spielen bislang eine gesamtdeutsche Mannschaft angetreten, kam nach dem Mauerbau der Sportverkehr fast zum Erliegen. Zwar musste auf Weisung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) 1964 nochmals eine gesamtdeutsche Mannschaft antreten, doch schon ein Jahr später erkannte das IOC das Nationale Olympische Komitee (NOK) der DDR an, sodass 1968 eine **DDR-Mannschaft** neben der bundesdeutschen vertreten war. Mit der Vergabe der Sommerspiele 1972 an München war zugleich die Auflage verbunden, der DDR-Mannschaft volle Gleichberechtigung zu gewähren, also das Auftreten mit eigener Flagge und Hymne.



Walter Ulbricht und Erich Honecker genießen 1968 sichtlich die internationale Aufwertung der DDR und feiern ihre Olympiamannschaft.

Wirtschaftliche Entwicklung

Um die DDR-Bevölkerung zur Mitarbeit im „sozialistischen Wettbewerb“ zu gewinnen, die wirtschaftliche Produktivität zu erhöhen und damit die Versorgungslage mit Konsumgütern zu verbessern, verordnete die Staats- und Parteiführung der DDR im Juni 1963 das „**Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft**“ (NÖSPL). Mit ihm fanden Elemente des **wirtschaftlichen Wettbewerbs**, wie die Einführung von leistungsabhängigen Löhnen und Prämien sowie größere Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Volkseigenen Betriebe (VEB), Eingang in die sozialistische Planwirtschaft. Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaft und Volkseinkommen stiegen, die Versorgungslage der Bevölkerung mit Konsumgütern verbesserte sich deutlich. Die Wachstumsraten der ostdeutschen Wirtschaft erreichten quantitativ vergleichbare Kennziffern gegenüber denen der westdeutschen. 1967 wurde die 5-Tage-Woche eingeführt, der akute Arbeitskräftemangel durch die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit vor allem in der Landwirtschaft und in den nichtproduktiven Bereichen ausgeglichen. Die DDR wurde **Reform-Vorbild** für die kommunistischen Nachbarländer und zweitstärkste Industriemacht im **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** (RGW), dem Gegenstück zur EWG. Die anfängliche Dezentralisierung wurde allerdings bald wieder zugunsten einer zentralen Lenkung rückgängig gemacht, sodass die 1970 auftretenden wirtschaftlichen Verzerrungen zu einem **Abbruch der Reformen** und zur partiellen Rückkehr alter Zentralisierung der Wirtschaftsplanung führten („Ökonomisches System des Sozialismus“, ÖSS). Trotz des unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolges und aller Lobeshymnen vergrößerte sich der Abstand zur Bundesrepublik, da die grundlegenden Funktionsprobleme, Stockungen und Mängel im Produktionsprozess aus ideologischen Gründen auch mit dem Nachrücken der „zweiten Generation“ in die Verantwortung für Staat und Gesellschaft nicht behoben werden konnten und sollten.

Bildungswesen

Wenn im Westen überhaupt von einem Vorsprung der DDR die Rede war, so bezog sich das allein auf den Bildungsbereich. Das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen“ (1965) hatte die bereits bestehende zehnjährige polytechnische Oberschule noch stärker auf einen **Praxisbezug der Inhalte und Methoden** festgelegt. Die „Erweiterte Oberschule“ (EOS) mit anschließender 11. und 12. Klasse ermöglichte den leichteren Erwerb der Facharbeiterqualifikation und bildete zugleich einen Filter, den nur systemkonforme Schüler, vorzugsweise aus Arbeiter- und Bauernfamilien, passieren durften. Kindern aus sogenannten Intelligenzfamilien standen als Ausweichmöglichkeit

Maßnahmen der **Erwachsenenqualifikation** mit Fern- und Abendstudium zur Verfügung. Schule und Studium beinhalteten als Pflichtfach neben der allgemeinen und fachspezifischen Ausbildung auch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ und darauf aufbauend Erziehungsinhalte, die die **ideologische Durchdringung** der Bevölkerung und ihre Bindung an Staat und System gewährleisten sollten. Die flexible Regelung der Erwachsenenbildung verbesserte auch die **Aufstiegsmöglichkeit für Frauen**. Um ihre Einbindung in den sozialistischen Produktionsprozess zu ermöglichen, wurden die Kinder in Kindergarten und -gärten ganztägig betreut und damit auch ideologisch intensiv beeinflusst. Zwar lag der Anteil berufstätiger Frauen vor allem in sogenannten Männerberufen deutlich über dem in der Bundesrepublik und Berufstätigkeit erlangte für sie eine über den materiellen Aspekt hinausgehende Bedeutung, doch entsprach die Zahl weiblicher Führungskräfte – ähnlich wie in Westdeutschland – zu keinem Zeitpunkt annähernd der Bevölkerungsverteilung.

13.8.1961 Mauerbau in Berlin internationale Krisen: Kuba, Vietnam Kriegsgefahr	„Politik der kleinen Schritte“ 1963 Passierscheinabkommen; 1964 Rentnerbesuch in der Bundesrepublik; kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit; Amnestien in der DDR	
1969 Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel	Entspannungspolitik Ostverträge: Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn: <ul style="list-style-type: none"> • 19.3.1970/ Treffen von Brandt und Stoph 21.5.1970 in Erfurt bzw. Kassel • 12.8.1970 Moskauer Vertrag • 7.12.1970 Warschauer Vertrag • 3.9.1971 Viermächteabkommen • 21.12.1972 Grundlagenvertrag 	
Ergebnisse <ul style="list-style-type: none"> • Reiseerleichterungen • grenznaher Verkehr • Ausreise von Deutschen aus Polen • Anerkennung der bestehenden Grenzen und Anerkennung der DDR (kein Ausland!) 	Kritik in der Bundesrepublik <ul style="list-style-type: none"> • Ost-West-Gegensatz bleibt bestehen • Aufgabe von wesentlichen Rechtspositionen (Oder-Neiße-Linie) 	
ab Mitte der 1970er-Jahre Abkühlung der Beziehungen: ideologische Differenzen bleiben bestehen		
DDR <ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftliche Stagnation • Kampf gegen Oppositionelle • Grenzschanzen und Schießbefehl 	Bundesrepublik <ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftliche Stagnation • Ökologie- und Friedensbewegung • NATO-Doppelbeschluss 	INTERNATIONAL <ul style="list-style-type: none"> • Einmarsch der UdSSR in Afghanistan • Olympiaboykotte • erneutes Wettrüsten

Die deutschen Staaten während der Entspannungspolitik

Chronologie	
24. Jan. 1962	Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR
26. Okt. 1962	Beginn der „Spiegelaffäre“
23.–26. Juni 1963	Staatsbesuch Kennedys
15. Okt. 1963	Rücktritt Adenauers
16. Okt. 1963	Ludwig Erhard wird Bundeskanzler (Koalition CDU/CSU-FDP)
17. Dez. 1963	1. Passierscheinabkommen
1963–1966	Auschwitz-Prozesse
12. Juni 1964	Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR
12. Mai 1965	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel
25. März 1966	Friedensnote der Regierung Erhard
1. Dez. 1966	Kurt Georg Kiesinger Bundeskanzler; Große Koalition
14. Febr. 1967	1. konzertierte Aktion
20. Febr. 1967	Gesetz über DDR-Staatsbürgerschaft
2. Juni 1967	Tod von Benno Ohnesorg
8. Juni 1967	Stabilitätsgesetz
6. April 1968	neue DDR-Verfassung
11. April 1968	Attentat auf Rudi Dutschke
30. Mai 1968	Verabschiedung der Notstandsgesetze
5. März 1969	Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten
28. Sept. 1969	Bundestagswahl
21. Okt. 1969	Willy Brandt Bundeskanzler; sozialliberale Koalition
28. Nov. 1969	Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags
19. März/21. Mai 1970	Treffen Brandt/Stoph in Erfurt und Kassel
12. Aug. 1970	Moskauer Vertrag
7. Dez. 1970	Warschauer Vertrag
3. Mai 1971	Rücktritt Ulbrichts als 1. Sekretär der SED; Nachfolger Erich Honecker
3. Sept. 1971	Viermächteabkommen über Berlin
17. Dez. 1971	Transitabkommen
27. April 1972	Misstrauensvotum gegen Brandt gescheitert
17. Mai 1972	Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag
26. Mai 1972	Verkehrsvertrag
3. Juni 1972	Viermächte-Schlussprotokoll zum Abkommen über Berlin; Inkrafttreten der Ostverträge
21. Dez. 1972	Grundlagenvertrag



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de

info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.

STARK